

Von: Vogler Kathrin <kathrin.vogler@bundestag.de>  
An: "dfg-vk.nrw@t-online.de" <dfg-vk.nrw@t-online.de>  
Betreff: AW: Unterstützung von Rolf Mützenichs Kritik an Atom  
waffen in Deutschland  
Datum: Fri, 3 Jul 2020 06:01:25 +0000

Lieber Joachim, lieber Felix,

erfreut hatte ich im Mai zur Kenntnis genommen, dass der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag sich kritisch zur atomaren Teilhabe geäußert hat. Allerdings habe ich auch wahrgenommen, dass es in seiner Fraktion und unter den SPD-Ministern auch andere Positionen gibt. Es bleibt abzuwarten, ob Mützenich sich durchsetzen wird. In meiner Pressemitteilung dazu: <https://www.kathrin-vogler.de/start/aktuell/details/news/spd-fraktion-muss-forderung-nach-atom-waffenabzug-bekraeftigen/> hatte ich geschrieben:

„Mützenichs Initiative ist richtig. Die drohenden Milliardenkosten für neue Atombomber mitten in der schwersten Nachkriegskrise sind ein guter Anlass, mutige Schritte in Richtung atomare Abrüstung zu gehen. Die SPD-Fraktion muss [...] den Druck auf ihren blassen Außenminister erhöhen, der bislang ihren Vorstoß für einen Abzug der US-Atombomben aus Deutschland blockiert. Die SPD kann nur an außenpolitischem Profil gewinnen, wenn sie sich dagegen entscheidet, an der Seite der Atomwaffenarren die Existenz der Menschheit zu gefährden und stattdessen die Seite der Vernunft für atomare Abrüstung stärkt. Selbst FDP-Außenminister Westerwelle wusste: Ohne den Abzug der Massenmordgeräte aus Deutschland kann es kein glaubwürdiges Engagement für eine atomwaffenfreie Welt geben. Die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags wäre ein weiteres Signal dafür.“

In einer Zeit, in der die USA die Durchführung angeblich begrenzter Nuklearkriege propagieren, ist es um so gefährlicher, sich durch die Stationierung von Atomwaffen zum Angriffsziel zu machen. Die Corona-Krise zeigt uns gerade, dass es allein schon wegen der enormen Kosten nötig ist, aus der nuklearen Teilhabe auszusteigen. Die Bundesregierung verweigert zwar beharrlich Auskünfte über die Kosten der nuklearen Teilhabe, aber allein die Beschaffungskosten für die Atombomber gehen in die Milliarden. Meine Fraktion hat dazu einen Antrag in den Bundestag eingebracht: " Geld für das Gesundheitssystem statt für atomwaffentragende

Kampfbomber" <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/187/1918750.pdf>

Die Antwort auf die Gefahr eines Atomkriegs müssen Abrüstungsverträge sein. Die Bundesrepublik, die von niemandem militärisch bedroht wird, könnte mit einseitigen Abrüstungsschritten vorangehen, z. B. mit dem Abzug der Atomwaffen aus Büchel. Die Bundesregierung gibt aber beim Thema Abrüstung ein schwaches Bild ab. Die Kündigung des INF-Vertrags durch die USA hat sie in der NATO mitgetragen und den Atomwaffenverbotsvertrag hintertreibt sie mit fadenscheinigen Begründungen. Ich habe deshalb mit KollegInnen aus anderen Fraktionen den Parlamentskreis Atomwaffenverbot <https://www.kathrin-vogler.de/start/aktuell/details/news/dokumentation-pressemittell-ung-parlamentskreis-atomwaffenverbot-gegruendet/> initiiert, der im Bundestag für eine Unterzeichnung dieses wichtigen Vertrags durch die Bundesrepublik wirbt.

Habt vielen Dank für eure Initiative. Es ist wichtig, dass wir Abgeordneten friedenspolitischen Druck von außerhalb des Parlaments bekommen.

Friedliche Grüße  
Eure Kathrin

Kathrin Vogler, MdB | Friedenspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.  
Mitglied im Auswärtigen Ausschuss | Stellv. Mitglied im Verteidigungsausschuss |  
Obfrau im Unterausschuss Zivile Krisenprävention |

Platz der Republik 1, 11011 Berlin | Tel.: +49 (0)30 227-72112, Fax: -76112 |  
[kathrin.vogler@bundestag.de](mailto:kathrin.vogler@bundestag.de) | [www.kathrin-vogler.de](http://www.kathrin-vogler.de)

Möchten Sie regelmäßig über meine Arbeit informiert werden? Dann bestellen Sie meinen Newsletter: [www.kathrin-vogler.de/service/newsletter/](http://www.kathrin-vogler.de/service/newsletter/)

---

Von: dfg-vk.nrw@t-online.de <dfg-vk.nrw@t-online.de>  
Gesendet: Donnerstag, 18. Juni 2020 13:39

**An:** Vogler Kathrin

**Betreff:** Unterstützung von Rolf Mützenichs Kritik an Atomwaffen in Deutschland

## **An die Bundestagsabgeordneten der LINKEN in NRW**

Liebe Kathrin Vogler

erfreut haben wir als Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen NRW die ablehnende Haltung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich zur Anschaffung eines neuen Atombombers für die Bundeswehr und seine Kritik an der Nuklearen Teilhabe zur Kenntnis genommen. Herr Mützenich hat damit einen wichtigen Aspekt der Sicherheit der Menschen gerade auch in NRW angesprochen, der sicherlich auch von Abgeordneten Eurer Partei ähnlich oder noch deutlicher gesehen wird.

Der Fliegerhorst Büchel, auf dem die US-Atombomben im Rahmen der Nuklearen Teilhabe stationiert sind, liegt nur gute 100 km von unserer Landeshauptstadt entfernt. Der Luftwaffenstützpunkt Nörvenich in der Nähe von Köln ist der Ausweichflughafen für Büchel, hier wurden in den letzten Jahren immer wieder die Tornados aus Büchel stationiert, wenn Büchel z.B. wegen Baumaßnahmen nicht nutzbar war. Auch die Bunker zur Lagerung der Atomsprengköpfe sind in Nörvenich vorhanden. Im Falle eines Konfliktes oder auch bei einem irrtümlich ausgelösten Atomschlag Russlands wären Büchel und Nörvenich erste Ziele und weite Teile Nordrhein-Westfalens von diesen Angriffen betroffen.

Wir als DFG-VK haben in den letzten Jahren wiederholt in Büchel gegen die dort stationierten Atomwaffen demonstriert. Auch in Volkel und in Kleine Brogel waren wir mit unserer jährlichen Friedensfahrradtour anlässlich der Hiroshima-Nagasaki-Gedenktage, um gegen die Atombomben in unseren Nachbarländern zu demonstrieren. Der Abzug der US-Atombomben aus Büchel – und möglichst auch aus den benachbarten Stützpunkten in Volkel (NL) und Kleine Brogel (B) – wäre ein eindrucksvolles Signal zur Bereitschaft der europäischen Staaten, wieder über die Reduzierung der Atomwaffen ins Gespräch zu kommen. Die Notwendigkeit von Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen wird auch von Herrn Mützenich betont. Der INF-Vertrag und der aktuelle New-Start-Vertrag haben zur realen Reduzierung von Atomwaffen der USA und Russlands gerade in Europa beigetragen und damit mehr Sicherheit geschaffen. Hier gilt es, neu anzusetzen. Doch wenn nicht einer vorangeht, wird sich hier auf absehbare Zeit nichts tun. Im Gegenteil ist vor allem der US-Präsident offenbar bemüht, das Vertragswerk seiner Vorgänger Stück für Stück zu demontieren. Das kann nicht im Sinne von uns Europäern sein und widerspricht dem von einer breiten Mehrheit geforderten „Friedensprojekt Europa“.

Wir möchten Dich daher als Bundestagsabgeordnete aus unserem Bundesland auffordern, sich über die Parteigrenzen hinweg wie Herr Mützenich gegen den Kauf eines neuen Atombombers und für einen Ausstieg Deutschlands aus der Nuklearen Teilhabe auszusprechen.

Wir freuen uns über Deine Stellungnahme zu unserem Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Felix Oekentorp  
Landessprecher

Joachim Schramm  
Landesgeschäftsführer

Deutsche Friedensgesellschaft-  
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen NRW

Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund  
0231/8180-32 (fax -31)  
[www.nrw.dfg-vk.de](http://www.nrw.dfg-vk.de)